

Hoffnung Bildung

Angesichts der europäischen Wirtschaftskrise ist ein Notprogramm für die Bildung notwendig.

Michael G. Schmidt und Ion-Olimpiu Stamatescu

Ob es uns mit dem Wunsch nach guten Schulen und Hochschulen in der Europäischen Union Ernst ist, zeigt sich erst in kritischen Situationen. Viele Länder der EU leiden schwer an der andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise, oft noch verschärft durch verschleppte Strukturprobleme. Die Länder sind, auch durch Druck aus der EU, gezwungen zu sparen. Einrichtungen werden geschlossen, öffentliche Bedienstete entlassen, und es herrscht eine besorgniserregende Arbeitslosigkeit. Dies betrifft mit einer Quote von 23 Prozent im EU-Mittel und mehr als 50 Prozent in Griechenland und Spanien insbesondere die Jugend. Bei Streichungen sind die Ausgaben für das Bildungswesen eine leichte Beute – und das gilt nicht nur für die Gehälter. Ob die Klassen mehr Schüler haben, ob die Infrastruktur verkommt, ob es fast keine jungen Professoren mehr gibt, ob die Grundlagenforschung zurückgefahren wird – das alles merkt das Land nicht in einem Jahr, aber die Langzeitwirkung ist katastrophal. Das betrifft uns alle.

Die Europäische Idee ist keine Ideologie, sondern die Erkenntnis, dass keines unserer Länder sich allein langfristig in Frieden und Wohlstand entwickeln kann. Und wie in der EU längst erkannt, fällt dem Ausbau der Bildungssysteme dabei eine primäre Rolle zu: „Top quality education and training are vital if Europe is to develop as a knowledge society and compete effectively in the globalized economy.“⁽¹⁾ Eine effiziente und offene Bildung ist wichtig für die freie Entfaltung jedes Einzelnen und damit für eine ausgeglichene Gesellschaft, ist aber auch Grundlage für wirtschaftliche Blüte. Dessen ungeachtet erleben wir zur Zeit teilweise starke Kürzungen im Bildungsbereich⁽²⁾ und dass notwen-

dige Entwicklungen ausbleiben. In der Rezession müssen viele hoffnungsvolle junge Leute im Ausland Arbeit suchen – auch Physiker sind stark betroffen. Solche Mobilität kann sehr nützlich sein, im Land selbst wird allerdings ein anschließender Wirtschaftsaufschwung von vorhandenen Fachkräften abhängen, bevor die Mobilität die Richtung wechseln kann. Dafür ist unabdingbar, dass trotz rigoroser Kürzungen die Bildungseinrichtungen in den betroffenen Ländern aufrecht erhalten und sogar verbessert werden, liegt doch darin „die einzige substanzielle Hoffnung, die soziale und ökonomische Krise in den kommenden Jahren zu überwinden“.⁽³⁾

Die kürzliche Schließung von Universitäten in Athen und Saloniki⁽³⁾ macht einen Zwiespalt deutlich: Einerseits sind überfällige Korrekturen des Bildungssystems notwendig – wie auch von einsichtigen Landsleuten gefordert –, und dabei muss auch gespart werden. Andererseits ist ein tragbares Vorgehen gefragt. Eine neutrale Begutachtung mit auswärtiger Beteiligung könnte helfen, das erfordert aber Fingerspitzengefühl. Patentrezepte gibt es hier nicht, wichtig ist aber, der Öffentlichkeit die schlimmen Zustände bewusst zu machen und sie dafür zu sensibilisieren, dass das gute Funktionieren aller Bildungssysteme eine europäische Aufgabe ist. Die Bildungssysteme sind zunächst Ländersache, die EU kann allerdings in ihren Förderprogrammen und Europäischen Verhandlungen Richtlinien vorgeben. Sie kann bei finanzieller Hilfe für bedrängte Länder darauf dringen, dass es nicht zu einem „Kaputt-Sparen“ im Bildungsbereich kommt.

Die EU-Kommission hat das Programm ERASMUS+ für die Jahre 2014 bis 2020 aufgestellt, mit



Meinung von Prof. Dr. Michael G. Schmidt (links) und Prof. Dr. Ion-Olimpiu Stamatescu vom Institut für Theoretische Physik der Universität Heidelberg.

weitgehenden Maßnahmen zur Verbesserung der Bildung. Das ist aber kaum das Notprogramm, das wir auf diesem empfindlichen Gebiet brauchten. In einer bemerkenswerten Rede vom April 2013 geht die Bildungskommissarin Vassiliou auch auf die Schwierigkeiten bei der Entwicklung und Umsetzung europäischer Programme ein.⁽⁴⁾ Die EU-Kommission braucht bei diesem Anliegen Rückenwind. Solidarität gebunden an eine Selbstverpflichtung der Länder kann erfolgreich sein. Europa hat hier eine Chance und kann auch der Welt ein Beispiel geben, wie sich Individualität und Einheit simultan verwirklichen lassen. Partnerschaften zwischen Bundesländern und EU-Regionen, Erfahrungsaustausch und Hilfestellung im Bildungswesen, z. B. bei der dualen Ausbildung, Förderung der Mobilität, sind gute Begleitansätze. Auch könnte man durch gezielte Forschungsk Kooperationen helfen. Wir Physiker mit mannigfaltigen Kontakten in der EU haben guten Grund, ein Notprogramm für die Bildungssysteme in bedrängten EU-Ländern zu empfehlen. Ein Beitrag soll die von uns organisierte Initiative sein, die EU- und Landespolitiker zum Handeln auffordert.⁽⁵⁾

1) <http://europa.eu/po/educ>

2) EU Commission/EACEA/Euridice, 2013. Funding of Education in Europe 2000-2012: The impact of the Economic Crisis.

3) www.theguardian.com/world/2013/sep/25/austerity-measures-push-greek-universities-collapse

4) http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-350_en.htm

5) Eine Petition und weitere Informationen sind auf der Webseite <http://support-education.eu.itp.uni-heidelberg.de> zu finden.